0,50 €

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

September 09/2004

Mobile Bürozeiten während der Montagsdemonstrationen !!

Der lautlose Aufstand

"Die Menschheit läßt sich von der Steigerung des Elends nicht abhalten."

Wie eine Mahnung liest sich dieser erste Satz aus der Einleitung des Schriftstellers Günther Weisenborn in seinem 1953 erschienenen Buch "Der lautlose Aufstand". Seit Wochen würdigen Fernsehsendungen den Versuch der Gruppe um Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg, mit der Beseitigung Hitlers den Krieg zu beenden. Der Bundespräsident Horst Köhler nannte es ein Ehrendatumden 20. Juli 1944. Anlässlich der zentralen Gedenkfeier im Bendlerblock würdigte Bundeskanzler Gerhard Schröder *"Sozialdemokraten und bürgerliche Intellektuelle, Kommunisten und bekennende Christen, aber auch viele Einzelne…"*

Prof. Wolfgang Wippermann verwies darauf, dass zum 60. Jahrestag zum ersten Mal der Widerstand in seiner vollen Breite als gemeinsames Erbe begriffen werde. Doch der Widerstand gegen das faschistische Terrorregime und den Krieg begann nicht erst 1944 sondern bereits in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Darauf wies der Bundesausschuss der VVN-BdA hin. Nicht allen, die sich im Widerstand befanden, werde in gleichem Maße der ihnen zustehende moralische und geschichtliche Rang zugebilligt.



Der Schwur von Buchenwald.
Leider scheint er seine Aktualität nie zu verlieren.

In Bremen haben Friedensfreunde und AntifaschistInnen am 20. Juli mit einer Mahnwache auf dem Marktplatz vor Portraits von 13 hingerichteten bzw. ermordeten Bremerinnen und Bremern auf den Widerstand von unten hingewiesen. Eine Reihe von Schulklassen verfolgte aufmerksam die Ansprachen unserer Kameraden **Herbert Breidbach** und **Prof. Jörg Wollenberg**.
Kaum bekannte Tonaufnahmen von Liedern politischer Gefangener aus dem Zuchthaus Oslebshausen und aus den Ghettos im Osten Polens untermalten die Aussage beider Redner, dass der antifaschistische Widerstand nicht instrumentalisiert werden dürfe, weder für die EU-Verfassung noch für den Einsatz der Bundeswehr in aller Welt. Auf den Vorbildcharakter des zivilen Widerstands am Beispiel Georg Elsners wies abends in der Villa Ichon Hans Koschnick hin.

Raimund Gaebelein

Nach 60 Jahren

Eine Gedenktafel für die 1944/45 auf der A.G. Weser umgekommenen KZ-Häftlinge aus Meensel-Kiezegem wird **am Sonntag, 29. August 2004 um 11:00 Uhr** am Schützenhof in Gröpelingen (Bromberger Straße 117) durch Karin Röpke (Senatorin für Arbeit) enthüllt. Die Einweihung erfolgt im Beisein von 57 Angehörigen und Hinterbliebenen, darunter Alfred Van Sina (ehem. Präsident der Provinz Flämisch-Brabant), Chris Desaever-Cleuren (ehem. Bürgermeisterin), Rudi Beeken (amt. Bürgermeister), Guido Hendrickx (Vors. der Stiftung Meensel-Kiezegem '44), Paul Delimon (hauptamtl. Gemeinderat von Tielt-Winge). Im Anschluss an die Einweihung der Gedenktafel werden Angehörige und Hinterbliebene in Begleitung von Mitgliedern des Landesvorstands den Bunker Farge und die Orte der KZ-Außenkommandos Farge und Blumenthal aufsuchen. Am Montagvormittag wird die Gruppe vom Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft und im Rathaus empfangen. Vor ihrer Rückfahrt nach Belgien werden sie die KZ-Opfer und Zwangsarbeiter-Gräber auf dem Osterholzer Friedhof aufsuchen, um ihrer Angehörigen zu gedenken.

Am Mittwochmittag, 01. September, werden Guido Hendrickx, Oberst d.R. Octaaf Duerinckx und René Cauwberghs im Landesinstitut für Schule einen Seminartag zu Razzien und Deportation im August 1944 gestalten.

Raimund Gaebelein

Gedanken an den 20. Juli

Hier Auszüge aus der Rede unseres Kameraden **Herbert Breidbach**, gehalten am 20. Juli 2004 auf dem Marktplatz:
"Vieler Orts wird heute der Männer um Stauffenberg - die ihr Leben für den Sturz Hitlers und die Beendigung des verbrecherischen Krieges einsetzten - gedacht. Auch wir Bremer Friedensfreunde und Antifaschisten würdigen sie, ohne dabei zu übersehen, dass ein beträchtlicher Teil von ihnen bis zu diesem Zeitpunkt in Vasallentreue zu Hitler gestanden hatte.
Entschieden wenden wir uns aber dagegen, wie führende deutsche Politiker und Militärs, manche Historiker und Journalisten mit diesem Teil des deutschen Widerstandes umgehen bzw. in der Vergangenheit umgegangen sind.

weiter geht es auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Damals, in den ersten Jahrzehnten nach 1945, als - unter Bruch des Potsdamer Abkommens und gegen den breiten Widerstand in der Bevölkerung - die Remilitarisierung beschlossen und tausende ehemalige Nazi-Offiziere beim Aufbau der Bundeswehr eingesetzt wurden, und z.B. ein Generalleutnant Adolf Heusinger (unter Hitler Chef der Operationsabteilung des Heeres) Adenauers militärischer Berater und 1957 erster Generalinspekteur der Bundeswehr wurde. Damals wurden die Offiziere des 20. Juli 1944 - wurde jeglicher militärische Widerstand - von CDU/CSU und anderen konservativen und neofaschistischen Kräften als "*Verrat an der kämpfenden Truppe*" und als "*Vaterlandsverrat*" diffamiert.

Heute nun soll - laut Traditionserlass der Bundeswehr - der militärische Widerstand gegen Hitler und das Nazi-Regime eine der "Säulen des Traditionsverständnisses der Bundeswehr" sein, und in diesem Sinne werden am heutigen Tage offizielle staatliche Ehrungen ausfallen. (So nennt der neue Bundespräsident Köhler es "*richtig, dass sich die Bundeswehr in die Tradition des 20. Juli stellt*".)

Dagegen protestieren wir, weil hier Tatsachen verdreht und Widerstand missbraucht wird, um davon abzulenken, dass diese Bundesrepublik und mit ihr die Bundeswehr sich zu keiner Zeit in der Tradition des militärischen - oder gar bewusst antifaschistischen - Widerstandes entwickelte.

Das wird z.B. darin deutlich, dass aus dem "Traditionsverständnis" der Bundeswehr ausdrücklich ausgenommen sind: die Männer und Frauen, die in den Reihen der alliierten Armeen wirkten und damit an der Befreiung Deutschlands vom Faschismus beteiligt waren; und auch darin, dass die Soldaten, die desertierten, weil sie nicht länger dem verbrecherischen Naziregime als Kanonenfutter dienen wollten, bis heute von jeder Würdigung ausgeschlossen werden.

Andererseits belegt die Tatsache, dass zahlreiche militärische Einrichtungen der Bundeswehr nach hochdekorierten Wehrmachtsoffizieren benannt wurden, "*wess' braunen Geistes Kind*" im so genannten Traditionsverständnis der Bundeswehr sein Unwesen treibt.

Wie in den letzten Jahren, so findet auch am diesjährigen 20. Juli im Bendler-Block in Berlin - dem Ort, an dem Stauffenberg ermordet wurde - eine Rekruten-Vereidigung statt. Hören wir uns an, was Verteidigungsminister dort von sich gaben. Rudolf Scharping 1999: "*Es ist unmoralisch, der Opfer von "Gewaltherrschaft zu gedenken und zugleich die Opfer anderswo in Europa sich selbst zu überlassen.*" Demagogisch werden hier die Männer des 20. Juli - die mit ihrer Tat einen Krieg beenden wollten - zur Rechtfertigung der völkerrechtswidrigen Aggression gegen Jugoslawien missbraucht.

Peter Struck geht in seiner Rede am 20. Juli 2003 so weit, den inzwischen weltweiten Einsatz der Bundeswehr - bis zum Hindukusch - in die Traditionslinie des 20. Juli einzubeziehen. wörtlich: "Die Abwehr von Terror und Gewalt ist eine Aufgabe, der sich Deutschland auch jenseits seiner Grenzen stellen muß."

Das sind letztlich vorgeschobene Begründungen, die darüber hinweg täuschen sollen, dass heute wieder militärische Mittel eingesetzt werden, um dem deutschen Großkapital - ich zitiere aus den Verteidigungspolitischen Richtlinien - den "*freien Zugang zu Rohstoffen und Märkten in aller Welt*" zu sichern.

Wir Friedensfreunde und Antifaschisten gedenken deshalb an diesem 60 Jahrestag des Attentats auf Hitler nicht nur der Offiziere und Konservativen des 20. Juli, sondern aller Gegner der Naziherrschaft!

Unser Gedenken gilt den Männern und Frauen aus der Arbeiterbewegung, den Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, die bereits vor 1933 gegen den Naziterror kämpften und den entschiedensten und opferreichsten Widerstand gegen das faschistische Regime leisteten. Unser Gedenken gilt den religiösen Sozialisten, Juden und Christen, Sinti und Roma, Quäker und Zeugen Jehovas.

Sie alle, auch die Gruppe des 20. Juli, der Kreisauer Kreis, die Freunde um Martin Niemöller, die "Rote Kapelle", das Nationalkomitee Freies Deutschland - der schwäbische Schreinergeselle Georg Elser. Sie alle haben die Ehre Deutschlands gerettet. Ihr Vermächtnis: "*Nie wieder Faschismus ! Nie wieder Krieg von deutschem Boden aus*" mahnt uns heute wachsam zu sein!

Ich möchte heute allen, vor allem aber den jungen Menschen aus den Erfahrungen meines Lebens sagen: Es sind immer ökonomische und politische Interessen der Herrschenden die zu Kriegen führen. Für die Volksmassen bringt er nur Belastungen, bitteres Elend und Tod. Deshalb versucht man, sie mit Lügen dumm und gefügig zu machen.

Das galt für den Krieg des faschistischen Deutschlands und seiner Verbündeten. Das gilt für den Krieg der USA gegen den Irak, an dessen Beginn die Lüge von dem Besitz von Massenvernichtungswaffen stand. Das gilt auch - ohne schematisch gleichsetzen zu wollen - für die "Begründungen" der deutschen Regierungen und ihrer Verteidigungsminister, mit denen sie die Bundeswehr außerhalb der Grenzen unseres Landes, außerhalb der Territorien der Nato - also faktisch an jeder Stelle unseres Erdballs - einsetzt bzw. künftig einsetzen will.

Aus der Vergangenheit lernen, die Lehren des Widerstandes beherzigen, das erfordert heute, widerständig gegen Großmachtpolitik zu sein und für ein antifaschistisch, demokratisches, friedliebendes Deutschland einzutreten. Dazu rufen wir auf!"

"Rote Kapelle" in Bremen

Frühe antinazistische Volksfront in Bremen (Auszüge aus Reden von **Jörg Wollenberg** zum 20. Juli auf dem Bremer Marktplatz und in der Villa Ichon):

"1.305 Vertreter der Bremer Arbeiterbewegung befanden sich nach Angaben der Bremer Gestapo im ersten Jahr der Machtergreifung in Schutzhaft und wurden in der Regel ab März 1933 in das Bremer KZ Mißler, ab 01.10.1933 nach Ochtumsand eingeliefert. Fast 400 Kommunisten und Sozialdemokraten wurden erneut zwischen 1933 und 1935 in öffentlichen Schauprozessen wegen der Verteilung illegaler Schriften und des Aufbaus verbotener Organisationen zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt.

Eine der größten Verhaftungswellen betraf im Sommer 1936 die Arbeiterjugendlichen, die mit Bertha Dannat, den Bücking-Brüdern, Henry Oliver, Gustav (Kuddel) Böhrnsen und Georg Gumpert früh Kontakt zu anderen Gruppen des Widerstands pflegten, u.a. zu der Hamburger Gruppe um Heinz Strelow und weiteren Mitgliedern der späteren "Roten Kapelle". 108 von ihnen wurden wegen der "*Bildung einer Volksfront von Sozialisten und Kommunisten*" nach monatelanger Einzelhaft Anfang 1938 vor dem Sondergericht des Volksgerichts in Bremen in einem öffentlichen Schauprozess zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Sie kamen nach Oslebshausen. Sie nahmen dort Kontakt zu Sozialdemokraten um Osterloh auf, erhielten Tageszeitungen vermittelt über Franz Stapelfeldt, nutzten die einst von Emil Sonnemann gut ausgestattete Häftlingsbibliothek und setzen mit Hilfe des Morsealphabets die marxistische Schulungsarbeit unter Georg Buckendahl fort. Eine Gruppe von zwanzig Verurteilten hatte noch unmittelbar nach dem Urteil und vor dem Transport in das Zuchthaus die Internationale gesungen. Die Bremer Gestapo-Beamten Hermann und Schrader hatten Mühe, das Beziehungsgeflecht dieser Gruppe zu durchschauen.

weiter geht es auf Seite 4

Georg Ferdinand Duckwitz

Georg Ferdinand Duckwitz wurde vor 100 Jahren, am 29. September 1904 als Kind einer Bremer Patrizierfamilie geboren. 39 Jahre später wird er wesentlichen Anteil an der Rettung, der in Dänemark lebenden Juden, haben. Er macht nach dem Abitur eine kaufmännische Lehre und studiert danach Jura. Im Auftrage der Bremischen Kaffeeproduzenten Kaffee HAG kommt Georg Ferdinand Duckwitz 1928 als kaufmännischer Vertreter nach Dänemark. Er spricht Dänisch und hat viele dänische Freunde, unter ihnen Geschäftsleute und Politiker. Anfänglich sympathisiert er mit der nationalsozialistischen Partei, was sich drastisch ändert, als er von dem Staatsterror in Deutschland und den vom Deutschen Reich überfallenen Gebieten sowie vom unmenschlichen Umgang mit den Juden erfährt. Er unterhält Kontakte zu der konservativen Widerstandsbewegung um Ulrich von Hassel. Direkt nach der Besetzung Dänemark durch die deutschen Truppen, während des zweiten Weltkrieges am 09. April 1940, wird er zum Marineattaché der deutschen Botschaft ernannt.

Um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden, kapituliert die dänische Regierung unter Führung König Christian des X. Sie hatte er- kannt, dass Dänemark keine Chance hatte, einem so übermächtigen Feind standzuhalten. Deutschland, auf die Agrarerzeugnisse und Industrie von Dänemark angewiesen, erklärt, dieses von einer “nordischen Rasse” bewohnte Land zum Musterland. Im Gegenzug für die Kooperation Dänemarks, behält Dänemark seine Truppen, seinen König, seine Regierung und darf freie Wahlen abhalten. Cecil von Renthe-Fink, Gesandter Deutschlands in Dänemark, schreibt sechs Tage nach der Besatzung seinen Vorgesetzten in Berlin: "*Sofern wir weitergehen als unbedingt erforderlich (u.a. bezüglich Judenverfolgungen in Dänemark) wird das lähmend wirken und ernste Störungen hervorrufen ...*" bei der Versorgung mit kriegswichtigen Güter aus Dänemark. Trotzdem gibt es zunehmend mehr Sabotage in Dänemark. Am 05. November 1942 ernennt Hitler den "BLUTHUND VON PARIS", den Juristen Dr. Werner Best, zum Reichsbevollmächtigten in Dänemark.

Best ist ein Nationalsozialist und Hardliner der ersten Stunde. 1931 schreibt Best das "Boxheimer Dokument", in dem er u.a. die Verhaftung von Kommunisten und Sozialdemokraten und deren Internierung und Umschulung in Konzentrationslagern sowie und die Entrechtung der Juden fordert. Einige Jahre später geht er noch weiter - er fordert die vollständige Ausrottung der Juden. Er soll an der Ermordung von mindestens 87.223 Juden, Sinti und Roma beteiligt gewesen sein.



Der Botschafter-Duckwitz-Platz in Bremen-Vegesack.

In Dänemark finden noch im März 1943 freie Wahlen statt. Anfang August 1943 kommt es zu Demonstrationen, Ausschreitungen und Streiks. In deren Folge verhängen deutsche Behörden am 29. August 1943 eine Ausgangsperre über die dänische Bevölkerung. Ab diesem Zeitpunkt sieht es die dänische Polizei nicht mehr als ihre Pflicht an, Fahrten über den Sund nach Schweden zu unterbinden. Das dänische Heer wird entwaffnet, die dänische Marine versenkte die Schiffe ihrer Flotte, die sie nicht rechtzeitig nach Schweden bringen kann. Christian X. verlässt sein Schloss nicht mehr und erklärt sich zum Kriegsgefangenen. Wohl mit Hinblick auf die nach Stalingrad nicht mehr abzuwendende Niederlage Deutschland beginnt Best ein doppeltes Spiel. Einerseits will er bei Hitler nicht in Ungnade fallen, andererseits fürchtet er das Strafgericht der Siegermächte. Best schickt am 08. September 1943 ein Telegramm nach Berlin, dass nun mehr der richtige Zeitpunkt gekommen sein, "*Maßnahmen zur Lösung des Juden- und Freimaurerproblems zu ergreifen*". Um alle Juden "auf einen Schlag" verhaften und deportieren zu können forderte er Sicherheitspolizei an. Gleichzeitig aber handelt er mit Adolf Eichmann aus, die dänischen Juden nicht in die Vernichtungslager, sondern nach Theresienstadt zu verschleppen.

Noch Anfang September beruhigt Best den dänischen Außenminister Niels Svenningen, dass die dänischen Juden nichts zu befürchten hätten. Andererseits informiert er am 11. September - andere Quellen sprechen vom 19. September - den Handels- und Schiffsattaché Georg Ferdinand Duckwitz darüber, dass in der Nacht vom 01. auf den 02. Oktober die Juden festgenommen und deportiert werden sollen. Das SS-Sondereinsatzkommando unter Adolf Eichmanns Stellvertreter Rolf Günther befand sich bereits vor Ort. Duckwitz droht mit Rücktritt, woraufhin Best Duckwitz gegenüber behauptet, er, Best, sei auch gegen diese Aktion. Best schickt Duckwitz nach Berlin, um die Maßnahme auf einen späteren Zeitpunkt verschieben zu lassen. Dieser Versuch scheitert. Best rechnete wohl damit, dass Duckwitz seine sozialdemokratischen Freunde informieren würde, was so hoffte er, nach der Niederlage ihm sein Leben retten würde. Best verbüßte nach Kriegsende fünf Jahre Haft.

Duckwitz notiert am 19. September in seinem Tagebuch: "*Ich weiß, was ich zu tun habe.*" Unter einem Vorwand reist Duckwitz nach Schweden und nimmt im Geheimen Verbindung mit der schwedischen Regierung auf. Die schwedische Regierung erklärt sich bereit, jüdische Flüchtlinge aufzunehmen, sofern die deutsche Regierung damit einverstanden ist. Sie ist es nicht. Nichts desto weniger sind somit die Flüchtlinge quasi angemeldet. Am 28. September ergeht der endgültige Befehl für das Pogrom an den Juden in Dänemark.

Georg Ferdinand Duckwitz weiht seinen langjährigen Freund Hans Hedtoft, den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten von Dänemark, in die geheimen deutschen Pläne ein, wohlwissend, dass er damit Hochverrat begeht und ihm die Todesstrafe sicher ist. Best hätte seine Hände der Gestapo gegenüber in Unschuld gewaschen. Als das Pogrom beginnt, beordert Duckwitz viele Schiffe der deutschen Flotte zu einer Überholung in die Werften, so dass diese nicht auf dem Sund patrouillieren können. Er begründet die Wartungsarbeiten den deutschen Behörden gegenüber damit, dass diese Kriegsschiffe für neuerliche Schlachten in einwandfreien Zustand sein müssten.

Am 29. September, dem Rosch Haschana - also dem jüdischen Neujahrsfest - informieren die Rabbiner die Gläubigen über die bevorstehende Verschleppung. Am gleichen Tag werden auch die nicht gläubigen jüdischen Kinder in den Schulen gewarnt. Bis zu diesem Zeitpunkt gehörten von den vier Millionen Dänen nur wenige dem Widerstand an.

Fortsetzung auf Seite 5

„Wir beginnen den Krieg von hier.“

Bei meinem Besuch des Imperial War Museum in London musste ich diesen Satz lesen. Diese sehr persönliche Sicht des Brigadegenerals Theodore Roosevelt (4. US Infanterie Division) nach der Landung im Abschnitt „Utah-Beach“ (Normandie) am 06. Juni 1944 deutet an, wie schwer sich das Reichskriegsmuseum in London mit der Ausstellung „D-Day“ tut. Darstellungs- und Vermittlungsmethoden ähneln denen der wirklich sehenswerten Holocaust-Ausstellung im Obergeschoss. Neben der Bilanzierung des Einsatzes hätte ich mir allerdings gewünscht, mehr darüber lesen und hören zu können, was der einfache Soldat im Moment der Landung empfand, was er seiner Familie zuhause mitteilen konnte, wie er es Jahre hinterher beurteilte. Bei der Darstellung der Landung in der Normandie wird der Gesamtzusammenhang von Kriegsursache und -verlauf vernachlässigt. Sicher, die Terrorangriffe auf britische Städte wurden gezeigt. Die Notwendigkeit für die Befreiung Europas wird mit Erfahrungen aus Kriegsgefangenenlagern und anhand des KZ-Systems verdeutlicht, mit Beispielen aus Buchenwald und Bergen-Belsen. Sehr knappe Aussagen gibt es zum Angriff auf die Sowjetunion, zu Stalingrad und Kursker Bogen, nur einen dezenten Hinweis zur Forderung der Roten Armee nach Eröffnung einer 2. Front. Sicherlich erwartet der Besucher/die Besucherin, umfassend über Planung und Verlauf der „Operation Overlord“, so der Tarnname, informiert zu werden. Die persönlichen Berichte sind eindrucksvoll. Es wurde der längste Tag, und die ersten 24 Stunden der Landung der Alliierten Truppen in Frankreich waren entscheidend. Zu sehen ist die Ausstellung unentgeltlich im Imperial War Museum, Lambeth Road, London SE1 6HZ.

Raimund Gaebelein

Fortsetung von Seite 2

Die Zusammensetzung der Bremer Gruppe ähnelt der der Berliner "Roten Kapelle". Das geglückte Beispiel einer antinazistischen Einheitsfront in Bremen war weniger das Resultat einer parteikommunistischen Strategie. Die Mehrheit der Gruppe lehnte z.B. die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz von 1935 mit der Strategie des "Trojanischen Pferdes" (Unterwanderung der Nazi-Organisationen) ab. Es war eher das Ergebnis von zum Widerstand bereiten nonkonformistischen Jugendlichen, die schon vor 1933 - und teilweise an ihren Parteivorständen vorbei - ein undoktrinäres Miteinander unterschiedlicher Positionen ausprobierten und unmittelbar nach 1933 unterschiedliche Formen der Illegalität praktizierten.

Altgediente und lernfähige Arbeiterfunktionäre besonders aus den Reihen der KPD stützten diese Formen der Nonkonformität, Verweigerung, der Resistenz und des Widerstands so unterschiedlicher Frauen wie Gerda Mans, Henni Kastens, Bertha Dannat, Maria Bücking-Krüger oder Selma Vöge und Frieda Paul - und Männer wie Heiner Oliver von der Bündischen Jugend, Rudolf Böhme vom SAJ, Gustav Böhrnsen vom KJVDO, Kurt Baumgarte und die Werftarbeiter Georg Gumpert und Lutz Bücking vom KJVD, die eng mit arbeitslosen Kunstschaffenden wie Walter von Perlstein und Edgar Bennert kooperierten.
Was sie einte, war der Kampf gegen die Passivität und Niedergeschlagenheit besonders in den einstigen linken Vorreiter-Betrieben."

Atomwaffen abschaffen

59 Jahre nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki gibt es trotz zwischenzeitiger Abrüstung immer noch Tausende nuklearer Waffen. Die USA lagern derzeit etwa 60 Atombomben auf deutschem Boden, und zwar in Büchel (Eifel) sowie in Ramstein. Die Sprengkörper haben eine Zerstörungswirkung, die um ein Vielfaches über der der Hiroshimabombe liegt. Die Bundeswehr übt mit Tornado-Kampfflugzeugen den Einsatz dieser Massenvernichtungswaffen.
Atombomben stellen schon durch ihre bloße Existenz eine Gefahr dar. Außerdem muss man bedenken, dass sie Ziel eines Terroranschlages werden könnten. Und das erst recht, nachdem die USA im letzten Jahr mit dem (Erst-)Einsatz von Atombomben offen gedroht haben, obwohl das gegen das Völkerrecht verstößt. Die US-Regierung kündigte an, sie würde Atomwaffen möglicherweise nicht nur in einem Vergeltungsschlag, sondern eventuell auch vorbeugend für den Fall anwenden, dass sich ein Gegner die Fähigkeit verschaffen könnte, selbst Massenvernichtungswaffen einzusetzen.

Hiroschima und Nagasaki mahnen, alle Atomwaffen abzuschaffen, denn sie bedrohen das Leben auf der Erde. Die rot-grüne Bundesregierung sollte sich aus Verantwortung für diese Welt vehement für die Abschaffung aller Atomwaffen einsetzen, statt mit ihnen Krieg zu üben. Sie sollte außerdem die USA darauf drängen, beim angekündigten Abzug großer Truppenteile aus Deutschland ihre Atombomben gleich als erstes einzupacken, damit Deutschland endlich eine atomwaffenfreie Zone wird.

Joachim Fischer

Wider der Menschlichkeit

Innensenator Thomas Röwekamp (CDU) will Murat Kurnaz die Einreise nach Bremen verwehren, weil dieser länger als sechs Monate Deutschland verlassen hat und es versäumte fristgerecht einen Folgeantrag zum unbefristeten Aufenthalt zu stellen. Soweit die „rechtliche“ Lage. Was der Christdemokrat zu gerne vergisst, ist die Tatsache, dass Murat Kurnaz, der in Bremen geboren wurde, vor mehr als zweieinhalb Jahren in das rechtsfreie US-Lager Guantanamo Bay auf Kuba verschleppt wurde. Der damals 19jährige hielt sich im Grenzgebiet von Afghanistan und Pakistan auf und wurde als „Taliban“ verhaftet und wartet bis heute auf eine Anklageeröffnung. Mittlerweile haben auch US-Gerichte das unmenschliche Lager als rechtsfreien Raum gebrandmarkt.

Es wird in keinem Ausländergesetz oder im neuen Einwanderungsgesetz ein Paragraph zu finden sein, der die widerrechtliche Inhaftierung als Versäumnisgrund für einen fristgerechten Folgeantrag für den unbefristeten Aufenthalt anerkennt. Aber kann ein engstirniger Bürokrat so weit denken? *"Der Innensenator ist hier weder politisch noch juristisch oder moralisch gut beraten"*, meint der von Murats Eltern beauftragte Rechtsanwalt Bernhard Docke. Der Anwalt spricht zu Recht von einer Verlängerung von Guantanamo mit anderen Mitteln. Doch der Bürokrat Röwekamp beharrt auf seiner Sicht, es sei keine politische Entscheidung seiner Behörde, sondern einfach nur Gesetzeslage und er habe da keinerlei Ermessensspielraum. Sein Parteifreund und Kollege mit gleichermaßen eingeschränktem Horizont, Rolf Herderhorst, faselt schon von *"falschen Legendenbildung"* um den Bremer “Taliban” Murat Kurnaz. Diese Meinung dürfte Konsens sein in der „christlichen“ Partei. Für Röwekamp, Herderhorst und die CDU ist Kurnaz immer noch ein Terrorverdächtiger. Die Generalbundesanwaltschaft sieht bei dem heute 22jährigen keinerlei terroristische Tendenzen.

Gerold

Nichts dazugelernt?

In einigen Artikeln des BAFs habe ich darauf hingewiesen, dass in den Gerichten der Bundesrepublik betreffend des Neonazismus unverständliche Urteile gefällt werden.

Am 23.06. hob das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein Demonstrationsverbot der Polizei und des Oberverwaltungsgerichts NRW auf und bescheinigte damit der NPD generelle «Meinungsfreiheit». *„Die Karlsruher Richter rügten, das Oberverwaltungsgericht habe seine Entscheidung ausschließlich auf den Inhalt zu erwartender neonazistischer Äußerungen gestützt. Darauf könne ein Versammlungsverbot aber nicht gestützt werden. Entscheidend sei vielmehr, ob von der Demonstration eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgehe.“* (Weser-Kurier vom 30.07.2004)

Bekannt ist doch, dass die Neonazis nicht nur *„Sieg Heil“* und *„Hoch die Waffen-SS“* bei ihren Demonstrationen grölen und sich als Rassisten erweisen, sondern auch mit verschiedensten Schlagwerkzeugen Andersdenkenden Gewalt antun! Diese «Taten» verletzen eindeutig das Grundgesetz.

Der Beschluss in Karlsruhe ist meines Erachtens reiner Hohn und zeigt, dass es in den Reihen der Richter (Vertreter des öffentlichen demokratischen Rechts) weiterhin noch viele Unbelehrbare gibt.

Friedel Becker

Fortsezung von Seite 3

Es gab keinerlei Führung, die für den Fall, dass Juden aus Dänemark deportiert werden, Fluchtrouten, Verstecke oder Boote hätte organisieren können. Die große Rettungsaktion wurde getragen durch den Erfindungsreichtum und die Fähigkeit zu improvisieren. Wegen der drohenden Deportation schlossen sich innerhalb kürzester Zeit 50.000 Dänen aus allen Schichten dem Widerstand an.

Duckwitz´ Sabotage an der jüdischen Endlösung in Dänemark bleibt unbestraft. Er behält bis Kriegende seinen Posten in Dänemark. Danach verlässt er Dänemark, kehrt aber als erster Botschafter der Bundesrepublik Deutschland (1955 bis 1958) nach Dänemark zurück, wo ihm ein herzlicher Empfang bereitet wurde. 1958 bis 1961 ist er Leiter der Ostabteilung im Auswärtigen Amt. Ebenfalls als Botschafter geht er 1961 bis 1965 nach Neu Dehli. Unter dem Außenminister Willy Brandt (SPD) dient er von 1967 bis 1971 als Staatssekretär im Auswärtigen Amt, wo er die Verhandlungen mit der polnischen Regierung leitet, die zum Abschluss des Warschauer Vertrages vom 07.12.1970 führen.

29.03.1971 wird Georg Ferdinand Duckwitz in Yad Vashem als «Gerechter unter den Nationen» geehrt. Er stirbt am 16. Februar 1973 im Alter von 68 Jahren in seiner Geburtsstadt Bremen.
Anfang der 90er Jahre wurde in Bremen-Vegesack ein Platz auf seinen Namen getauft. Es gibt in der Neustadt noch die Duckwitzstraße. Sie ist Arnold Duckwitz gewidmet. Dieser hat weder verwandtschaftlich noch von seinen Einstellungen her auch nur das Geringste mit Georg Ferdinand Duckwitz zu tun.

Silke

Ein Name neben den Gleisen

Ich komme zurück.
Drei Worte auf einem Stück Papier
vom Zug in den Tod.

Der Zug der schreiend
durch die Tiefebene fuhr
ins Land der gestreiften Menschen.

Zufall und der Name eines Dorfs
brachten gerade Hoffnung
in den frostigen Mond von Verrat.

Als der Krieg vorbei war
blieb vor den Türen
nur eine leere Weite.

Stille nach den Stiefeltritten

Nachdem die Männer, Väter und Söhne
herausgesucht worden waren von Männern in Schwarz
und Männern mit roten Tüchern vorm Gesicht
wurden sie in Viehwaggons gesteckt
und abtransportiert.

In jedem Haus blieben leere Stühle im Zimmer,
aufgerissene Schränke und für immer offene Wunden.
An einem ruhigen Ort wurden die Vermissten insgeheim
beweint, jede Frau trug die eigene Last
mit nichts zu vergleichen.

Die Tage nach und zwischen dem doppelten Einmarsch,
durch Männer in lauten Stiefeln
dauerten eine Ewigkeit an Schmerz.

Sie würden ihre Geliebten wieder sehen,
trösteten sie die anderen,
aber heimlich wussten sie dass das Wiedersehen
woanders geschehen würde.

Beide Gedichte sind von Ina Stabergh aus der Gedichtsammlung „Ich kam zurück“, Nov. 2003 über Meensel-Kiezegem, dt. R. Gaebelein, Feb. 2004

Männer und Frauen des Widerstandes, Verfolgte und Opfer des NS-Regimes gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sie sich für jüngere Mitglieder als VVN-Bund der Antifaschisten. Sie hat sich als überparteiliche Bewegung zum Ziel gesetzt, eine neue "Welt des Friedens und der Freiheit" zu erringen.

o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.

o Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.

o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

o Ich möchte den “Bremer Antifaschist” probeweise / regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

o Einwanderer und Flüchtlinge
o Neofaschismus
o Frieden/Antimilitarismus
o Geschichtsforschung
o Erinnerungsarbeit

Name
Vorname __________
Straße __________
PLZ, Ort __________
Geb.-Datum __________
Bremen, den __________
Unterschrift __________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Straße 26,
28217 Bremen

Internationaler Gedenktag für die Opfer von Faschismus und Krieg

Am Sonntag, 12. September, gedenkt die VVN-BdA um 11:00 Uhr an der Ehrenanlage für KZ-Opfer auf dem Osterholzer Friedhof der Opfer von Faschismus und Krieg.

Es sprechen **Ludwig Baumann** (Vors. Bundesverband Opfer der NS-Militärjustiz) und **Ewald Hanstein** (Vors. Bremer Sinti-Verein). Das Erinnern an die Verbrechen des deutschen Faschismus soll mit der Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus in den Gedenkstättenverordnungen in Sachsen und weiteren Bundesländern verdrängt werden. Kaltes Kriegsdenken wird in einer Zeit wieder belebt, in der die Bundeswehr die Freiheit am Hindukusch verteidigen soll.

„Die Toten mahnen – damit nicht unsere Kinder demselben Moloch geopfert werden.“ Dies schreibt Eberhard Peters, Gesellschafter des Weserkurier und Kommunist am 09. September 1947 anlässlich der internationalen Gedenktage für die Opfer von Faschismus und Krieg. Fünf Tage später legt Bürgermeister Wilhelm Kaisen den Grundstein für die Ehrenanlage für KZ-Opfer und Soldaten auf dem Osterholzer Friedhof. Im KZ-Ehrenhügel ruhen die sterblichen Überreste von 1.367 Toten. Ihre Todesursache wird bei der Grundsteinlegung ausgespart. Erst in den folgenden Jahren erinnern Namensplatten daran, dass die hier liegenden Menschen in KZ-Außenkommandos und Arbeitslagern umkamen.

Dem KZ-Ehrenhügel gegenüber sind 653 deutsche Soldaten in Einzel- und Massengräbern beigesetzt. *„…auf jedem Gedenkstein für seine toten politischen Häftlinge und Soldaten (sollte) stehen: ‚Für gewisse Konzerninteressen geopfert'. Das wäre die nackte Wahrheit“,* schreibt Eberhard Peters am 09.09.1947 im WK.

Vier Jahre später mahnt ein weiteres Denkmal an der Stirnseite, sechs in lange Gewänder gehüllte Figuren, *„aller Toten zu gedenken, deren Grabstätten … der große Krieg verschlang …“,* wie eine Gedenkplatte seit 1957 verkündet.

Auf einem 4.000 qm großen Feld in der Nähe der Friedhofskapelle erinnert seit 1996 Gerhard Schreiters Bronzeskulptur „Trauernde Frauen“ an 2.136 Angehörige vieler Nationen, Polen, Ukrainer, Russen, Belgier, vor allen junge Menschen. 1948 wurden sie aus zahlreichen Friedhöfen und Massengräbern in Bremen und Umgebung überführt, unter ihnen die Opfer der KZ-Außenkommandos Farge und Blumenthal, schamvoll zu Kriegstoten erklärt. Eine Grabplatte spricht von *„Opfer(n) der Kriegswirren 1939 – 1945 im Raum von Bremen“.*

Raimund Gaebelein

Geschichtskonferenz der VVN-BdA

Am 02. und 03. Oktober findet in der Jugendbeherbergungsstätte bei der Gedenkstätte Buchenwald die Geschichtskonferenz der VVN-BdA 2004 statt.

Sie beginnt am 02. Oktober um 10:30 Uhr mit der Begrüßung durch Heinrich Fink. Die Themenbereiche des Vormittags gehen von den gesellschaftlichen Erinnerungsorten und der Totalitarismuskonzeption hin zur militärischen Traditionspflege. Nachmittags geht es um *„Deutsche als Opfer“*, das geplante Zentrum gegen Vertreibung und den Umgang mit Widerstand. Später wird die Frage *„Deutsche als Täter - Deutsche als Opfer“* in einer Podiumsdebatte erörtert.

Am Sonntag geht es um 09:00 Uhr los. Es wird Workshops zur antifaschistischen Geschichtsarbeit geben. Mit dem Mittagessen um 13:00 Uhr endet die Tagung.

Anmeldungen und weitere Informationen gibt es über das Bundesbüro der VVN-BdA in Berlin. (Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel.: 030-29784174, Fax: 030-29784179, VVN0109@aol.com). Wichtig ist, dass die Plätze in Reihenfolge der Anmeldung vergeben werden. Also, wer teilnehmen will, sollte sich schnell melden.

Für Übernachtung und Essen sind 36,- €, nur fürs Essen sind 17,50 € einzuplanen.

NS-Rassegesetz!

Am 14. Juli 1933 verabschiedeten die Nationalsozialisten das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“. Am 01. Januar 1934 trat es in Kraft. Auf der Grundlage dieses ersten Rassegesetzes wurden bis Kriegsende etwa 400.000 Menschen gegen ihren Willen sterilisiert. Es ist kaum zu glauben, dass dieses Gesetz, das hunderttausendfach Leid gebracht hat, immer noch nicht abgeschafft, sondern lediglich außer Kraft gesetzt ist!

Wir schließen uns daher der Forderung des Bundes der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten e.V. an: Sofortige Annullierung des „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ und die Anerkennung beider Opfergruppen als NS-Verfolgte.

Weitere Informationen gibt es beim Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten e.V. (Schorenstraße 12, 32756 Detmold, Tel.: 05231-58202, Fax: 05231-300449, E-Mail: BEZ.DT@t-online.de). Wer spenden will darf dies unter der Kontonummer 1008176, BLZ 47650130, Sparkasse Detmold.

“Der Bremer Antifaschist” ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA)

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Straße 26, 28217 Bremen-Walle

Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: bremen@vvn-bda.de
Internet: www.vvn-bda.de/bremen

Montag: 17:00 - 18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00 - 19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ: 29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro (siehe links) oder unter 6163215 (Raimund Gaebelein) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.
Der Landesvorstand trifft sich am letzten Montag eines Monats von 18:00 - 20:30 Uhr.
Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

www.vvn-bda.de